

## Landtags-Grüne stellen Dringlichkeitsantrag

Die Landtags-Grünen wollen einen Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag stellen, wie die Landtagsabgeordnete Rosi Steinberger mitteilt. Die Staatsregierung wird mit diesem Antrag aufgefordert, die B 15 neu an der A 92 enden zu lassen: Es soll keine Trasse der autobahnähnlichen B 15 neu für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet und die Bayerische Straßenbauverwaltung angewiesen werden, die Anmeldung einer Platzhaltertrasse der Bundesstraße B15 neu zwischen der A 92 und Rosenheim für den Bundesverkehrswegeplan 2015 zurückzuziehen. Wer dringend eine notwendige Straße bauen möchte, erreiche dies nicht mit Doppelanmeldungen und Korridortrassen. Das Ministerium hätte bei seinen Straßenbauanmeldungen weder auf fachliche Kriterien noch auf ein stimmiges Konzept gesetzt, sondern einfach eine nicht geprüfte Wunschliste nach Berlin geschickt.

„Wer schon den Unterhalt der bestehenden Straßen nicht mehr finanzieren kann, darf das Problem nicht durch den Bau weiterer unnötiger Straßen wie der als „Gelbe Autobahn“ bezeichneten B 15 neu südlich der A 92 verschärfen, welche ausschließlich dem überregionalen Verkehr dient“, ist die Landshuter Abgeordnete Rosi Steinberger überzeugt. Statt auf Autobahnen zu setzen, seien moderate Ortsumgehungen dort zu planen, wo sie vor Ort gewünscht seien. Ein erster und dringlicher Schritt sei daher die ergebnisoffene Prüfung einer Umgehung von Landshut und deren Anschluss an die bestehende B 15 - unter den Gesichtspunkten Verkehrs-entlastung, ökologische Verträglichkeit, Reduzierung der Belastung für die Anwohner und Minimierung der Kosten.

Die Abgeordnete will nun in einer Anfrage an die Staatsregierung wissen, welche Ortsumfahrungen im Zuge der B 15 zwischen Essenbach und Rosenheim mit wie vielen Spuren und welche 2+1-Abschnitte der B 15 alt vom Bayerischen Innenministerium für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans angemeldet werden sollen.